

4

Resolutionsantrag der FPÖ-Landtagsabgeordneten Brigitte Reinberger, Mag. Heidrun Schmalenberg und Kurth-Bodo Blind betreffend bundeseinheitlichen Tierschutz, eingebracht zu Post Nr. 3 der Tagesordnung der Sitzung des Wiener Landtages am 25. April 2002.

Seit Jahren wird über die Schaffung von bundeseinheitlichen Tierschutzbestimmungen debattiert. Bislang ohne Erfolg, da die Verhandlungen immer wieder scheitern. Unterschiedliche Landesbestimmungen führen in der Praxis oft zu der völlig unverständlichen Situation, dass etwa Hundebesitzer, die an der Stadtgrenze wohnen, zwei Landesbestimmungen kennen müssen. Im Falle der Tiertransporte sind diese unterschiedlichen Bestimmungen oftmals noch viel verwirrender.

Hier wäre eine bundesweite Vereinheitlichung der grundlegenden Rahmenbedingungen des Tierschutzes sinnvoll und wünschenswert. Gleichzeitig soll aber auch auf die landesrechtliche Kompetenz Rücksicht genommen werden und nur ein einheitlicher Standard im Rahmen von Gliedstaatsverträgen geschaffen werden, ohne in die rechtliche Ausgestaltung im Detail einzugreifen.

Die gefertigten Landtagsabgeordneten stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien nachfolgenden

Resolutionsantrag:

Der Wiener Landtag möge beschließen:

Der Landeshauptmann wird ersucht, im Zuge der Landeshauptleutekonferenz mit seinen Amtskollegen, aber auch mit den zuständigen Regierungsmitgliedern, Gespräche aufzunehmen mit dem Ziel der Schaffung eines bundeseinheitlichen Standards auf dem Gebiet des Tierschutzes.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages gefordert.

Magistratsdirektion der Stadt Wien
Eing.: 25. APR 2002
PS102116/2002/0001-UFPI/AS
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,
Landesregierung und Stadtsenat

Handwritten signatures: Müller, Reinberger, Schmalenberg, Blind, and others.

